

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

28. Jahrgang

Berlin, den 12. Mai 1961

Nummer 18/19

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Finanzhaushalt: St.

Steueraufkommen und Bundeshaushalt

Der kürzlich verabschiedete Bundeshaushaltsplan für 1961, der gegenüber dem im Herbst vorgelegten Entwurf nochmals erhöht wurde, schließt mit einer Gesamtsumme von 48,1 Mrd. DM (1959/60: 41,9 Mrd. DM) ab. Die 50 Mrd.-DM-Grenze ist in Sichtweite gerückt und wird sicherlich im kommenden Jahr überschritten werden. Das kräftige Wachstum des Bundeshaushalts — und der übrigen öffentlichen Etats — sollte jedoch keinen Anlaß zu Befürchtungen geben. Das Volumen der öffentlichen Ausgaben hat sich bisher im Rahmen des gesamtwirtschaftlich Tragbaren gehalten; von einer überdurchschnittlichen Ausdehnung der Staatstätigkeit kann keine Rede sein: Eine kürzlich erschienene Untersuchung des Statistischen Bundesamtes¹⁾ zeigt ein sehr gleichmäßiges Wachstum von Staat und Gesamtwirtschaft; der Anteil des Staates an den unterschiedlichen makroökonomischen Größen ist in den letzten zehn Jahren, von Schwankungen und Ausnahmen in beiden Richtungen abgesehen, konstant geblieben.

Tatsächlich wäre die starke wirtschaftliche Entwicklung im Deutschland der Nachkriegszeit ohne beträchtliche Expansion der öffentlichen Ausgaben nicht möglich gewesen. Investitionsneigung, Wirtschaftswachstum, private und öffentliche Endnachfrage bedingen sich gegenseitig; ihre

Intensität kann allenfalls vorübergehend nennenswert voneinander abweichen. Das Wohnungsbauprogramm 1950 und die Sozialreform 1957 — hier nur Beispiele — waren im Zeitpunkt der Beratung und Beschlußfassung gewiß ehrgeizige Zielsetzungen; ohne sie wären aber Investitionsquote und Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft nicht zu halten oder gar zu steigern gewesen — und ohne sie hätte es nicht die zusätzlichen öffentlichen Einnahmen gegeben, die ihre reibungslose Finanzierung ermöglichten und zu neuen Zielsetzungen ermutigten.

Auch für den laufenden Bundeshaushalt hat sich die finanzielle Grundlage stärker gefestigt, als noch vor einigen Monaten erwartet werden konnte; die Entwicklung des Steueraufkommens scheint wiederum die Erwartungen zu übertreffen. Bereits im vergangenen Jahr lagen die Steuereinnahmen erheblich über den Voraussetzungen. Insgesamt kamen 68,45 Mrd. DM an Steuern auf, 14,8 vH mehr als im Vorjahr; die Mehreingänge (einschl. Saarland) verteilten sich — sieht man von den rückläufigen Lastenausgleichsabgaben ab — zu 5,1 Mrd. DM auf den Bund, 3,9 Mrd. DM auf die Länder und schließlich 1,0 Mrd. DM auf die Gemeinden.

Im ersten Quartal 1961 haben die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder noch verstärkt — um rd. 20 vH — zugenommen. Diese Beschleunigung legt eine Überprüfung der den

¹⁾ „Der Staat als Teil der Volkswirtschaft 1950 bis 1959“, Wirtschaft und Statistik 1961, Heft 3.

Vergleich wichtiger wirtschaftlicher Größen des Staates mit gesamtwirtschaftlichen Größen 1950 bis 1959
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

Jahr	Staatliche Verwaltungsleistungen in vH der inländischen Bruttoproduktion	Beitrag des Staates zum Bruttoinlandsprodukt in vH des Bruttoinlandsprodukts	Entgelte für die beim Staat Beschäftigten in vH der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Anteil des Staates am Volkseinkommen in vH	Staatsverbrauch in vH		Anlageinvestitionen des Staates in vH der gesamten Anlageinvestitionen	Bauinvestitionen des Staates in vH der gesamten Bauinvestitionen	Eigenverbrauch und Anlageinvestitionen des Staates in vH des Bruttoinlandsprodukts
					des letzten Verbrauchs (Privater und Staatsverbrauch)	der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts			
1950	5,6	7,9	16,0	1,2	18,3	14,4	11,4	20,6	16,6
1951	5,4	7,4	15,1	1,3	19,4	14,7	11,4	21,3	16,9
1952	5,8	7,5	15,8	1,7	20,6	15,3	11,7	22,8	17,6
1953	5,7	7,6	15,5	1,7	19,4	14,5	12,0	22,4	16,9
1954	5,5	7,6	15,1	1,7	19,2	14,1	11,2	21,2	16,5
1955	5,2	7,2	14,5	2,0	18,7	13,3	11,5	22,4	16,0
1956	5,0	7,4	14,4	1,9	18,0	12,9	11,9	22,9	15,7
1957	5,0	7,5	14,6	2,1	17,9	12,8	11,9	22,5	15,4
1958 ¹⁾	5,4	7,6	14,5	2,1	18,6	13,5	12,3	22,9	16,2
1959 ¹⁾	5,4	7,3	14,1	2,0	19,0	13,7	13,1	24,0	16,8

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (Stand Oktober 1960). Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1961, Seite 139.

öffentlichen Etats zugrunde liegenden Größenordnungen des Steueraufkommens für 1961 und der daraus gezogenen Folgerungen nahe.

Steuervorausschätzung für 1961

Bei einer Schätzung des Steueraufkommens zum heutigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, daß das Bruttosozialprodukt um mehr als 10 vH (frühere Schätzung 9 vH) zunehmen wird. Ferner ist anzunehmen, daß die bisher bemerkenswert starke Entwicklung einzelner Steuern, die nicht sofort — oder jedenfalls nicht in vollem Umfang — mit der laufenden Produktion variieren, weiter anhalten wird. Dies gilt insbesondere für die Einkommensteuern, die im Vorjahr um mehr als ein Viertel anstiegen und diese Steigerungsrate auch 1961 erreichen dürften. Da die Expansion der Löhne und Gehälter anhalten wird, dürfte die stark progressiv zunehmende Lohnsteuer nur mit unbeträchtlicher Verlangsamung weiter steigen. Außerdem wird sich bei den Veranlagungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer in der zweiten Jahreshälfte 1961 die günstige Gewinnsituation von 1960 in weiteren Nachzahlungen und in Anpassungen der Vorauszahlungen an das höhere Niveau nieder-

schlagen, so daß auch hier die jüngst erreichten Zuwachsraten nicht so stark — wie in den Etatsansätzen erwartet — absinken dürften. Das Mehraufkommen an Einkommensteuern dürfte in diesem Jahr fast 6,5 Mrd. DM erreichen und damit über die Hälfte des Mehraufkommens aller Steuern auf sich vereinigen.

Abgesehen von den Lastenausgleichsabgaben und dem nun endgültig auslaufenden Notopfer Berlin werden alle Einzelsteuern, wenn auch zum Teil sehr unterschiedlich, am steigenden Steueraufkommen beteiligt sein. Die außerordentlich hohen Zuwachsraten der Vermögensteuer und Mineralölsteuer — es ist hier jeweils mit einer Zunahme von mehr als 30 vH zu rechnen — sind auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Für die Vermögensteuer, die in den letzten Jahren kaum noch angestiegen war, wird vor allem auf Grund der in der Hauptveranlagung vorgenommenen Neubewertung des Vermögens mit sehr hohen Mehrerträgen gerechnet. Bei der Mineralölsteuer dagegen sind im vergangenen Jahr die Steuersätze erhöht worden, und zusätzlich wurde eine Heizölsteuer eingeführt. Beide Maßnahmen haben sich bisher jedoch nicht auf ein volles Jahr ausgewirkt.

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik ¹⁾ 1959 — 1961

	Steueraufkommen in Mill. DM			Zuwachs gegenüber dem jeweil. Vorjahr					
	1959 ²⁾	1960	1961	in Mill. DM			in vH		
				1959 ²⁾	1960 ²⁾	1961	1959 ²⁾	1960 ²⁾	1961
Lohnsteuer	5 855	8 102	10 600	— 77	2 115	2 498	— 1,3	36,1	30,8
Veranlagte Einkommensteuer	7 323	8 963	11 300	1 851	1 564	2 337	33,8	21,4	26,1
Kapitalertragsteuer	830	846	950	321	12	104	63,1	1,4	12,3
Körperschaftsteuer	5 118	6 510	8 000	— 72	1 314	1 490	— 1,4	25,7	22,9
Einkommen- und Körperschaftsteuern, ges. . .	19 126	24 421	30 850	2 021	5 005	6 429	11,8	26,2	26,3
Umsatzsteuer	13 133	14 828	16 500	1 103	1 469	1 672	9,2	11,2	11,3
Umsatzausgleichsteuer ³⁾	1 009	1 253	1 450	99	194	197	10,9	19,2	15,7
Beförderungsteuer	704	769	830	161	62	61	29,4	8,8	7,9
Zölle ³⁾	2 256	2 630	2 900	215	364	270	10,5	16,1	10,3
Tabaksteuer	3 265	3 537	3 850	171	248	313	5,6	7,6	8,8
Kaffeesteuer	609	689	770	123	72	81	25,3	11,8	11,8
Branntweinmonopol	915	1 023	1 100	57	97	77	6,8	10,6	7,5
Mineralölsteuer ⁴⁾	2 145	2 664	3 500	480	496	836	28,8	23,1	31,4
Sonstige Bundessteuern ⁵⁾	514	433	430	— 45	— 93	— 3	— 8,1	— 18,1	— 0,7
Bundessteuern, ges. ³⁾	24 550	27 826	31 330	2 364	2 909	3 504	10,7	11,8	12,6
Bundesanteil an E. St. und K. St.	6 694	8 547	10 800	775	1 752	2 253	13,1	26,2	26,4
Steuereinnahmen des Bundes, ges. ³⁾ . . .	31 244	36 373	42 130	3 139	4 661	5 757	11,2	14,9	15,8
Vermögensteuer	1 116	1 100	1 500	228	— 36	400	25,7	— 3,2	36,4
Erbschaftsteuer	121	201	250	29	78	49	31,5	64,5	24,4
Kraftfahrzeugsteuer	1 216	1 475	1 700	133	232	225	12,4	19,1	15,3
Biersteuer	650	700	750	45	36	50	7,4	5,5	7,1
Sonstige Ländersteuern ⁶⁾	944	1 046	1 150	95	85	104	11,2	9,0	9,9
Ländersteuern, ges.	4 047	4 522	5 350	590	395	828	15,1	9,8	18,3
Länderanteil an E. St. und K. St.	12 432	15 874	20 050	1 246	3 253	4 176	11,1	26,2	26,3
Steuereinnahmen der Länder, ges.	16 479	20 396	25 400	1 776	3 648	5 004	12,1	22,1	24,5
Grundsteuer	1 595	1 631	1 715	74	19	84	4,9	1,2	5,2
Gewerbesteuer	5 865	6 782	8 000	1 184	842	1 218	25,3	14,4	18,0
Lohnsummensteuer	603	653	730	23	50	77	3,8	8,3	11,8
Sonstige Gemeindesteuern ⁷⁾	535	572	620	11	28	48	2,1	5,2	8,4
Gemeindesteuern, ges.	8 598	9 638	11 065	1 292	939	1 427	17,7	10,9	14,8
Sonderabgaben, ges. ⁸⁾	2 559	2 043	2 000	272	— 516	— 43	11,9	— 20,2	— 2,1
Steuereinnahmen, insges. ³⁾	58 880	68 450	80 595	6 480	8 732	12 145	12,4	14,8	17,7

1) Einschl. West-Berlin. — 2) Ohne Saarland. — 3) Ohne Bucheinahmen aus der Einfuhr von Rüstungsgütern. — 4) Einschl. Heizölsteuer. — 5) Notopfer Berlin, Teesteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Schaumweinsteuer, Essigsäuresteuer, Zündwarensteuer, Zündwarenmonopol, Leuchtmittelsteuer, Spielkartensteuer, Süßstoffsteuer. — 6) Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Rennwett- u. Lotteriesteuer, Wechselsteuer, Feuerschutzsteuer. — 7) Vergnügungsteuer, Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, Getränkesteuer. — 8) Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe, Kohlenabgabe.

Läßt man die für 1961 noch vorgesehenen Steuerermäßigungen außer acht, so wird das geschätzte Steueraufkommen in der Bundesrepublik (einschließlich West-Berlins) bei einem Zuwachs um 17,7 vH einen Betrag von 80,6 Mrd. DM erreichen. Damit würden sowohl die Zuwachsrate wie auch das absolute Mehraufkommen des Vorjahrs erheblich übertroffen werden. Die außerordentlich starke Entwicklung der Einkommensteuern, die zu 65 vH den Ländern zugutekommen, wird — wie bereits im Vorjahr — zu einer recht unterschiedlichen Aufteilung des Mehraufkommens an Steuern führen. Die Länder dürften bei einer Zunahme um fast 25 vH — das bedeutet Mehreinnahmen in Höhe von 5,0 Mrd. DM — am günstigsten abschneiden. Demgegenüber wird die Zuwachsrate der Steuereinnahmen des Bundes mit 16 vH zwar deutlich zurückbleiben, im absoluten Betrag wird sich jedoch ein bisher noch in keinem Jahr erreichtes Mehraufkommen in Höhe von 5,8 Mrd. DM ergeben. Die Gemeinden schließlich werden mit Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,4 Mrd. DM rechnen können (+ 15 vH).

Die geplanten Steuerermäßigungen für 1961 wurden in dieser Schätzung allerdings noch nicht berücksichtigt: Soweit bisher zu übersehen, dürften sie das Aufkommen aus der Einkommen-, Vermögen- und Gewerbesteuer beeinträchtigen und daher überwiegend zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen. Im Augenblick ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die noch in diesem Jahr wirksam werdenden Steuernachlässe 1 Mrd. DM überschreiten werden.

Bundshaushalt 1960 und 1961

Diese überaus günstige Entwicklung der Steuereinnahmen wird auch den laufenden Bundshaushalt finanziell so absichern, daß im Rahmen der vorgesehenen Ausgaben von einem Anleihebedarf heute nicht mehr gesprochen zu werden braucht. Als Basis für einen Jahresvergleich des gegenwärtigen Bundshaushalts sind die gesamten Ein-

nahmen und Ausgaben des Kalenderjahres 1960 zusammengefaßt worden²⁾. Das dem Rumpffjahr (1. April bis 31. Dezember 1960) hinzugerechnete erste Kalendervierteljahr 1960 wies einmalige Sonderausgaben — überwiegend Rüstungsvorauszahlungen — auf, die vor allem die Höhe des Verteidigungsetats beeinflußt haben. Die gesamten Ausgaben des Bundes beliefen sich im Vorjahr auf 42,9 Mrd. DM, wovon etwa 4,5 Mrd. DM allein auf direkte Zahlungen an das Ausland entfallen sind. Wie bereits Anfang 1960 zu erkennen war, brauchte der veranschlagte Anleihebedarf nicht in Anspruch genommen zu werden: Neben den Steuern waren auch die Verwaltungseinnahmen wesentlich höher als erwartet.

Das Haushalts-Soll für 1961 von 48,1 Mrd. DM wurde um die nur durchlaufende Anleihe der privaten Wirtschaft zur Entwicklungshilfe in Höhe von 1,5 Mrd. DM in der vorliegenden Übersicht auf 46,6 Mrd. DM verringert. Auch ist die Etatsumme nicht um die vorfristige Tilgung von Nachkriegsschulden in Höhe von 3,1 Mrd. DM, die kürzlich von der Bundesbank geleistet wurde, erhöht worden, um die Zahlen nicht unnötig aufzublähen.

Die künftige Entwicklung der Bundesausgaben ist durch weiterhin steigende Rüstungsaufwendungen (die durch Vorauszahlungen im Vorjahr überhöhten Verteidigungslasten bringen den effektiven Zuwachs dieses Etatpostens im Jahresvergleich nicht zum Ausdruck) und durch zunehmende Ausgaben für die soziale Sicherheit (beträchtliche Erhöhung der Leistungen für die Kriegsopferversorgung und — zwar noch nicht verabschiedete — Erweiterung des Kindergeldes auf Zweitkinder) bestimmt. Soweit es sich heute überblicken läßt, werden die gesamten Bundesausgaben im Jahre 1961 — bei geringeren Abweichungen in den einzelnen Posten — den Soll-Ansatz etwa erreichen. Wiederum werden die an

²⁾ Ein Haushalts-Soll konnte nicht angegeben werden, da 1960 Kalenderjahr und Rechnungsjahr noch nicht identisch waren.

Einnahmen und Ausgaben des Bundshaushalts 1) in Mrd. DM

Einnahmen	Soll	Ist	Ausgaben	Soll	Ist
a) Kalenderjahr 1960					
Steuern und Abgaben ²⁾	38,6	Verteidigung	11,6
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	3,1	Soziale Sicherung	14,1
Saldo ³⁾	4) 1,2	Sonstige Ausgaben ⁵⁾	17,2
Summe	4) 42,9	Summe	42,9
			davon Zahlungen an das Ausland . .	(ca. 4,5)	
b) Kalenderjahr 1961 (Istzahlen: DIW-Schätzung)					
Steuern und Abgaben ⁶⁾	43,1	44,4	Verteidigung	11,7	11,7
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	2,0	2,5	Soziale Sicherung	16,4	16,2
Saldo	1,5	-0,4	Sonstige Ausgaben ^{5) 7)}	18,5	18,6
Summe	46,6	46,5	Summe	46,6	46,5
			davon Zahlungen an das Ausland . .	7) (3,5—4,0)	
<p>1) Gesamteinnahmen und -ausgaben; einschließlich „durchlaufende Mittel“ (Lastenausgleichsabgaben), jedoch ohne „Beiträge des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt“ (1960) und ohne „Entwicklungsanleihe“ (1961). Für 1960 keine Sollzahlen angegeben, da Rechnungs- und Kalenderjahr noch nicht identisch, für 1961 Istzahlen vorausgeschätzt. — 2) Einschließlich Bucheinahmen an Zöllen und Umsatzausgleichsteuer aus der Einfuhr von Rüstungsgütern (Differenz zu den Positionen „Steuereinnahmen des Bundes“ und „Sonderausgaben“ in der Steuerübersicht). — 3) Schuldaufnahme abzüglich Überschüsse (Einnahme-Mehr), davon 0,7 Mrd. DM an Buchkrediten der Bundesbank für Zahlungen an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. — 4) Um 0,2 Mrd. DM Überschüsse gekürzt. — 5) Einschließlich Schuldentilgung. — 6) Ohne voraussichtliche Bucheinahmen an Zöllen und Umsatzausgleichsteuer. — 7) Ohne Entwicklungsanleihe (1,5 Mrd. DM) und ohne vorzeitige Tilgung der Nachkriegsschulden (3,1 Mrd. DM).</p>					

das Ausland zu leistenden Zahlungen einen beträchtlichen Umfang aufweisen und — bei Einbeziehung von Entwicklungsanleihe und Schuldentilgung — die entsprechenden Ausgaben des Vorjahrs erheblich übersteigen; die Inlandsausgaben werden um etwa 11 vH zunehmen.

Auf der Einnahmenseite müßten die gegenüber dem Soll-Ansatz zu erwartenden Mehreinnahmen dazu führen, auf außerordentliche Finanzierungsmittel verzichten zu können. Das zusätzliche Mehraufkommen an Steuern und auch an sonstigen ordentlichen Einnahmen dürfte gegenüber dem Entwurf fast 2 Mrd. DM erreichen. Damit würde aber ohne Inanspruchnahme von Anleihen — eine Kürzung der Anleihebewilligungen von 2,1 auf 1,5 Mrd. DM war bereits im endgültigen Haushaltsentwurf vorgenommen worden — sogar ein leichter Überschuß erzielt werden. Selbst wenn die Einnahmen des Bundes noch im Laufe des Jahres durch Steuersenkungen beeinträchtigt werden sollten, ist nicht damit zu rechnen, daß ein Haushaltsausgleich — ohne Anleihen — in Frage gestellt werden könnte.

Angesichts der überaus günstigen konjunkturellen Entwicklung sind Befürchtungen, etwaige Mehrausgaben der Öffentlichen Hand durch Steuererhöhungen decken zu müssen, völlig unbegründet. Der steigende Anteil der Einkommensteuern am Steueraufkommen hat ohnehin zu einer — sich gegenwärtig noch verstärkenden — progressiven Gesamtbelastung geführt; seit 1958 geht die Entwicklung der Steuereinnahmen ständig über die des Sozialprodukts hinaus. Der Anteil der gesamten Steuern am Bruttosozialprodukt³⁾ belief sich im Jahre 1958 auf 22,0 vH, 1959 auf 22,8 vH, 1960 auf 23,3 vH und dürfte 1961 fast 25 vH erreichen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß ein Anhalten dieser Entwicklung dem weiteren Wirtschaftswachstum förderlich ist. Besonders bestehen zwischen den die Unternehmen belastenden Steuern und der Investitionsneigung (jedenfalls der für Inlandsanlagen) Zusammenhänge, wie die verschiedenen — mit Erfolg für Investitionsquote, Produktionswachstum

³⁾ Bruttosozialprodukt (einschl. West-Berlins) 1959: 263,3 Mrd. DM (+ 8,5 vH), 1960: 293,9 Mrd. DM (+ 11,6 vH), 1961: 324,5 Mrd. DM (+ 10,4 vH); für 1960 und 1961 DiW-Schätzung.

Zur Entwicklung der Bauwirtschaft im Bundesgebiet

Das Bauvolumen im ersten Quartal 1961

Nach ersten vorläufigen Schätzungen beläuft sich das Bauvolumen zu jeweiligen Preisen im ersten Quartal 1961 auf 8,9 Mrd. DM. Eliminiert man die Preisveränderungen, so ergibt sich eine Steigerung der realen Produktionsleistung gegenüber dem Vorjahr um etwa 15 vH. Diese Entwicklung zeigt, daß es — allerdings begünstigt durch die außerordentlich milde Witterung — gelungen ist, die früher in den ersten beiden Monaten des Jahres noch vorhandenen Produktionsreserven der Bauwirtschaft erfolgreich zu mobilisieren.

Die Verteilung der realen Bauleistung auf die einzelnen Bereiche weist einige Unterschiede gegenüber dem Trend in der letzten Zeit auf: vor allem ist der Anteil des Wohnungsbaus im ersten Quartal 1961 sowohl gegenüber dem der beiden letzten Quartale 1960 als auch dem des ganzen Jahres 1960 wieder gestiegen.

und letztlich auch für den Fiskus durchgeführten — Steuersenkungen im letzten Jahrzehnt gezeigt haben.

Es ist deshalb nicht so abwegig, wie es die zukünftigen internationalen Verpflichtungen erscheinen lassen, für 1962 Steuersenkungen vorzubereiten, die über die jetzt zur Beratung stehenden Vorschläge beträchtlich hinausgehen. Entscheidend für diese Aufgaben ist nämlich nicht die Höhe der Steuersätze, sondern die effektive Finanzkraft, diese aber ist von den erzielten Wachstumsraten des Sozialprodukts und damit auch von der Ausgaben- und Steuerpolitik der Öffentlichen Hand abhängig. Eine notwendig werdende Steuersenkung hätte sich mit Vorrang auf eine Ermäßigung der Einkommen- und Körperschaftsteuern zu erstrecken.

Dabei kann freilich die unterschiedliche Finanzlage der einzelnen Gebietskörperschaften nicht außer acht gelassen werden. Auch in Zukunft werden die Ausgaben des Bundes — insbesondere an Verteidigungskosten und Entwicklungshilfe — schneller wachsen als die der Länder, deren Überschüsse wahrscheinlich Ende 1961 so hoch wie ihre gesamte Kreditmarktverschuldung sein werden.

Da aber eine umfassendere Steuersenkung auch zu einer vorübergehenden Reduzierung des Wachstums der Steuereinnahmen des Bundes führen würde, wären Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Zur Diskussion stehen bereits jetzt die Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommensteuer und die Rückverlagerung gewisser Ausgaben des Bundes, die ursprünglich nicht zu seinem Aufgabenbereich gehörten, auf die Länder. Sollten beide Wege sich als nicht gangbar erweisen, wäre der Ausgleich der vorübergehenden Lücke im Bundesetat durch eine Anleihe dem Verzicht auf Steuersenkung sicherlich vorzuziehen.

Noch weniger als der Bund könnten die Gemeindehaushalte Einnahmeausfälle ertragen. Weitere Senkungen der Gewerbesteuer müßten entweder durch Erhöhung anderer Gemeindesteuern (Grundsteuer) oder durch eine Verstärkung des Finanzausgleichs zwischen Ländern und Gemeinden kompensiert werden.

Ob dies nun bereits den Schluß zuläßt, der Wohnungsbau könne in den kommenden Monaten seinen Anteil (auf einem nunmehr im Vergleich zu der zurückliegenden Zeit niedrigeren Niveau) zumindest konstant halten, ist noch nicht endgültig zu übersehen; es spricht jedoch vieles dafür, daß die Wohnungsbauproduktion durch den Preisaufrtrieb nicht, wie vielfach erwartet, weiter aus dem Markt gedrängt wird. Die Zuwachsrate von real + 14,3 vH gegenüber dem ersten Quartal 1960 läßt jedenfalls auch für das ganze Jahr 1961 ein nennenswertes Steigen der Produktionsleistung im Wohnungsbau erwarten.

Die Entwicklung der Nachfrage nach Bauleistungen

Das Produktionsvolumen wurde in allen Hochbaubereichen auch in diesem Quartal — wie schon seit langem — allein von den zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmt. Zu Beginn dieses Jahres stan-

Die Anteile der Baubereiche zum Bauvolumen zu Preisen von 1954 in vH

	Wohnungs- bau	Gewer- blicher Bau	Land- wirt- schaftl. Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau			Ges- amtes Bauvo- lumen
				Ins- gesamt	Tief- bau	Hoch- bau	
1958 I. Vj.	48,0	24,7	2,4	24,9	14,9	10,0	100,0
II. "	47,9	21,5	3,5	27,1	18,2	8,9	100,0
III. "	47,2	20,7	8,3	28,8	20,1	8,7	100,0
IV. "	46,5	20,6	2,8	30,1	20,5	9,6	100,0
Jahr	47,3	21,6	3,1	28,0	18,8	9,2	100,0
1959 I. Vj.	47,1	21,5	2,7	28,7	17,0	11,7	100,0
II. "	46,3	20,0	3,8	29,9	20,1	9,8	100,0
III. "	44,9	20,2	3,5	31,4	21,4	10,0	100,0
IV. "	43,7	21,0	3,1	32,2	21,0	11,2	100,0
Jahr	45,4	20,6	3,3	30,7	20,1	10,6	100,0
1960 I. Vj.	44,4	22,5	2,8	30,3	18,2	12,1	100,0
II. "	44,3	22,0	3,2	30,5	19,9	10,6	100,0
III. "	42,6	22,3	3,4	31,7	21,1	10,6	100,0
IV. "	42,5	22,3	3,0	32,2	20,8	11,4	100,0
Jahr	43,4	22,3	3,1	31,2	20,1	11,1	100,0
1961 I. Vj.	44,1	22,6	2,6	30,7	18,9	11,8	100,0

den genehmigte Hochbauvorhaben in einer Größenordnung zur Verfügung, die die Produktionskapazitäten dieses Jahres sowohl im Wohnungsbau als auch im Nichtwohnbau für einen Zeitraum von etwa acht Monaten ausgelastet hätten. Gegenüber der Situation zu Beginn des Jahres 1960 bedeutet dies eine Vermehrung des Bauüberhangs um etwa eine halbe Monatsproduktion (vgl. Tabelle 3). Berücksichtigt man ferner den in den ersten Monaten dieses Jahres zu verzeichnenden Trend der Genehmigungen¹⁾, so wird erkennbar, daß sich der Abstand zwischen dem möglichen Angebot und der Nachfrage nach Bauleistungen zur Zeit ständig vergrößert.

Diese Entwicklung wird seit längerem von Verschiebungen der Preisrelationen zugunsten der Bauwirtschaft begleitet. Die recht erheblichen Baupreiserhöhungen (seit 1958 6 bis 8 vH im Jahr) ziehen auch den als Maß für die Geldwertstabilität gern, wenn auch nicht immer in sinnvoller Weise, herangezogenen gesamtwirtschaftlichen Preisindex (Preisentwicklung des Sozialprodukts) nennenswert nach oben; 1960 entfielen von der Preissteigerung des Bruttosozialprodukts um 3 vH allein 1 vH auf den Bausektor (Fernwirkungen auf Mieten und dergleichen nicht gerechnet). Die wirtschaftspolitischen Instanzen fühlten sich daher zur Bekämpfung der preistreibenden Konstellation auf dem Baumarkt veranlaßt.

Dämpfung der Nachfrage nach Bauleistungen und Preisentwicklung

Alle bisher erörterten Maßnahmen haben erklärtermaßen zum Ziel, die Nachfrage nach Bauleistungen einzudämmen und dem Angebot anzupassen, um dadurch dem unerwünschten Preisaufrtrieb entgegenzuwirken. Zur Diskussion stand bis vor kurzem ein zeitlich befristeter Baugenehmigungsstopp; zur Zeit ist eine von vielen Seiten wiederholt geforderte Einschränkung der Hochbauvorhaben der öffentlichen Hand im Gespräch.

Bei den vorhandenen Beständen an genehmigten Hochbauten von etwa acht Monaten hätte ein — wie vorgeschlagen — auf vier Monate befristeter Baugenehmigungsstopp die Bauproduktion während dieser Zeit — von regional begrenzten Entlastungen einmal abgesehen — zunächst überhaupt nicht beeinflußt. Lediglich die Pläne der Bauherren, die ihre Bauvorhaben während dieser vier Monate hätten genehmigen

Das Bauvolumen nach Baubereichen

	Wohnungs- bau	Gewer- blicher Bau	Land- wirt- schaftl. Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau			Ges- amtes Bauvo- lumen
				Ins- gesamt	Tief- bau	Hoch- bau	
a) zu jeweiligen Preisen in Mill. DM							
1958 I. Vj.	2 270	1 180	110	1 150	680	470	4 710
II. "	3 570	1 600	260	1 950	1 300	650	7 380
III. "	3 930	1 720	270	2 290	1 580	710	8 210
IV. "	3 580	1 590	210	2 220	1 500	720	7 600
JS	13 350	6 090	850	7 610	5 060	2 550	27 900
1959 I. Vj.	2 820	1 300	160	1 670	980	690	5 950
II. "	4 200	1 810	340	2 610	1 750	860	8 960
III. "	4 320	1 960	330	2 930	1 980	950	9 540
IV. "	3 860	1 870	270	2 750	1 780	970	8 750
JS	15 200	6 940	1 100	9 960	6 490	3 470	33 200
1960 I. Vj.	3 270	1 670	200	2 140	1 270	870	7 280
II. "	4 530	2 250	320	2 950	1 900	1 050	10 050
III. "	4 600	2 420	350	3 200	2 090	1 110	10 570
IV. "	4 200	2 220	290	2 990	1 890	1 100	9 700
JS	16 600	8 560	1 160	11 280	7 150	4 130	37 600
1961 I. Vj.	4 000	2 070	230	2 600	1 550	1 050	8 900
b) Preisentwicklung (1954 = 100)							
1958 I. Vj.	114	115	113	111	110	113	114
II. "	117	117	115	113	112	115	116
III. "	118	118	116	113	111	116	116
IV. "	119	119	116	114	113	116	117
JD	117	117	115	113	112	115	116
1959 I. Vj.	119	120	117	116	115	117	118
II. "	123	123	120	118	118	119	121
III. "	124	125	121	120	119	122	123
IV. "	126	127	123	122	121	124	125
JD	123	124	121	119	119	121	122
1960 I. Vj.	128	129	124	123	121	125	126
II. "	133	133	128	126	124	129	131
III. "	134	135	129	125	123	130	131
IV. "	135	136	130	127	124	132	132
JD	133	133	128	125	123	129	130
1961 I. Vj.	137	138	132	128	124	134	134
c) Zu Preisen von 1954 in Mill. DM							
1958 I. Vj.	1 991	1 026	97	1 034	618	416	4 148
II. "	3 051	1 368	226	1 726	1 161	565	6 371
III. "	3 331	1 458	233	2 035	1 423	612	7 057
IV. "	3 008	1 336	181	1 948	1 327	621	6 473
JS	11 381	5 188	737	6 743	4 529	2 214	24 049
1959 I. Vj.	2 370	1 083	137	1 442	852	590	5 032
II. "	3 414	1 472	283	2 206	1 483	723	7 375
III. "	3 484	1 568	273	2 443	1 664	779	7 768
IV. "	3 063	1 472	220	2 253	1 471	782	7 008
JS	12 331	5 595	913	8 344	5 470	2 874	27 183
1960 I. Vj.	2 555	1 295	161	1 746	1 050	696	5 757
II. "	3 406	1 692	250	2 346	1 532	814	7 694
III. "	3 433	1 793	271	2 557	1 699	854	8 050
IV. "	3 111	1 632	223	2 353	1 524	833	7 323
JS	12 505	6 412	905	9 002	5 805	3 197	28 824
1961 I. Vj.	2 920	1 500	174	2 034	1 250	784	6 628
d) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH							
1959 I. Vj.	+19,0	+ 5,6	+41,2	+39,5	+37,9	+41,8	+21,3
II. "	+11,9	+ 7,6	+25,2	+27,8	+27,7	+28,0	+15,8
III. "	+ 4,6	+ 7,5	+17,2	+20,0	+16,9	+27,3	+10,1
IV. "	+ 1,8	+10,2	+21,5	+15,7	+10,9	+25,9	+ 8,3
JD	+ 8,3	+ 7,8	+23,9	+23,7	+20,8	+29,8	+13,0
1960 I. Vj.	+ 7,8	+19,6	+17,5	+21,1	+23,2	+18,0	+14,4
II. "	- 0,2	+14,9	-11,7	+ 6,3	+ 3,3	+12,6	+ 4,3
III. "	- 1,5	+14,3	- 0,7	+ 4,5	+ 2,1	+ 9,6	+ 3,6
IV. "	+ 1,6	+10,9	+ 1,4	+ 4,6	+ 3,6	+ 6,5	+ 4,5
JD	+ 1,4	+14,6	- 0,9	+ 7,9	+ 6,1	+11,2	+ 6,0
1961 I. Vj.	+14,3	+15,8	+ 8,1	+16,5	+19,0	+12,6	+15,1
Quelle: Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf Grund von Angaben des Statistischen Bundesamtes.							
Gebietsstand: Bundesgebiet ohne Saarland und West-Berlin.							

¹⁾ Die realen Wachstumsraten der genehmigten Hochbauten Januar/Februar beliefen sich — nach Angaben des Bundesministeriums für den Wohnungsbau — auf 12 vH für den Wohnungsbau, 18 vH für den öffentlichen Hochbau und 25 vH für den Wirtschaftsbau.

Bestände an genehmigten Hochbauvorhaben

	1957	1958	1959	1960	1961
Wohnungen in 1000					
Anfang des Jahres { bereits begonnen { noch nicht begonnen	359,9 173,2	344,3 161,0	387,9 170,5	405,3 170,7	436,6 185,8
Bauüberhang am Jahresanfang insgesamt ergibt eine Auftragsreserve von . . . Monaten ¹⁾	533,1 7,2	505,3 7,4	558,4 7,0	576,0 7,4	622,4 8,0
Während des Jahres fertiggestellt in vH des Bauüberhangs am Jahresanfang . .	528,9 99	486,2 96	555,9 100	540,4 94	540 87
Nichtwohnbauten in Mill. cbm umbauten Raumes					
Anfang des Jahres { bereits begonnen { noch nicht begonnen	75,6 26,4	75,9 25,0	86,1 27,1	108,9 33,1	²⁾ 125,0 ²⁾ 40,0
Bauüberhang am Jahresanfang insgesamt ergibt eine Auftragsreserve von . . . Monaten ¹⁾	102,0 6,1	100,9 6,4	113,2 6,5	142,0 7,4	²⁾ 165,0 7,7-8,0
Während des Jahres { genehmigt { insgesamt zum Bau anstehend { fertiggestellt	112,3 214,3 111,6	118,0 218,9 103,9	132,8 246,0 112,9	151,5 293,5 124,7	. . 135-40
in vH des Bauüberhangs am Jahresanfang . .	109	103	100	88	82-85
Errechneter Bauüberhang Ende des Jahres . . .	102,7	115,0	133,1	168,8	.

¹⁾ 40 vH der bereits begonnenen plus 100 vH der noch nicht begonnenen Bauvorhaben bezogen auf die fertiggestellten Bauvorhaben. —
²⁾ Auf Grund des errechneten Bauüberhangs Ende des Jahres geschätzt.
Quelle: Statistisches Bundesamt. — Gebietsstand: Bundesgebiet ohne Saarland und West-Berlin.

lassen, wären davon berührt worden. Das Gros der Auftraggeber vor allem für gewerbliche Bauten hätte jedoch auf diese Maßnahme lediglich mit einer Verschiebung des Genehmigungszeitpunktes reagiert, ohne dabei Ausmaß und zeitliche Verteilung ihrer Bauvorhaben variieren zu müssen. Durch die Verkürzung oder Verlängerung der Zeitabstände zwischen Genehmigung und Baubeginn wäre in beinahe allen denkbaren Fällen eine zeitlich begrenzte Genehmigungssperre überbrückt worden. Dies hätte eine rapide Zunahme der Genehmigungsanträge sowohl vor Inkrafttreten als auch nach Aufhebung der beabsichtigten Genehmigungssperre zur Folge gehabt.

Die nach Ablehnung der Vorschläge für einen befristeten Baugenehmigungsstop wieder verstärkt zur Debatte stehende Forderung, die erwünschte Preisstabilität auf den Märkten für Bauleistungen durch eine Verminderung der öffentlichen Ausgaben herbeizuführen, wirft zunächst die Frage auf, inwieweit diese ausreichend und geeignet sind, kurzfristig eine Beruhigung herbeizuführen. Die öffentlichen Haushalte bauen einmal selbst und subventionieren zum anderen einen Großteil der Bauvorhaben im Wohnungsbau. Eine Kürzung dieser Subventionen scheidet für eine kurzfristig wirksame Steuerung aus, da sie sich frühestens 1962 auswirken würde. Es bleibt also die eigene Hochbautätigkeit, die — Bundesbahn und Bundespost einbegriffen — in den letzten Jahren nicht ganz 90 vH des zum öffentlichen Hochbaubereich zusammengefaßten Bauvolumens ausgemacht hat. Von diesem Betrag kontrollierte der Bund (einschl. Bundesbahn und Bundespost) knapp 40 vH, wovon allerdings die Hälfte auf die Bautätigkeit für militärische Zwecke entfiel. Die noch am ehesten koordinierbare Gruppe innerhalb der insgesamt etwa 25 000 öffentlichen Auftraggeber — Bund, Länder, Großstädte und Sozialversicherung — vergab zusammen etwa zwei Drittel der Bausumme im öffentlichen Hochbau; das entspricht einem Anteil von etwa 10 vH der gesamten Hochbautätigkeit.

Wenn man im Modell den maximal variierbaren Teil dieser Bauausgaben mit 30 bis 40 vH annimmt, so würde das bedeuten, daß etwa 3 bis 4 vH des Hochbauvolumens (1961 etwa 1,3 Mrd. DM) für eine kurzfristige Beeinflussung zur Verfügung ständen. Diese Manövriermasse dürfte jedoch zu gering sein, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Wirkung auf die Preisentwicklung auszuüben (die entstehende Lücke in der

Nachfrage würde augenblicklich von anderen Bauherren ausgefüllt werden). Die psychologischen Auswirkungen einer solchen Maßnahme könnten sogar die

Bauausgaben der Bauherren im öffentlichen Hochbau
Anteile an den gesamten Ausgaben im öffentlichen Hochbau in vH

	1957	1958	1959	1960
Bund ¹⁾	36	36	38	37
Länder und Hansestädte	10	10	10	10
Sonstige Großstädte	14	14	15	16
Übrige Gemeinden	21	20	19	20
Sozialversicherung	4	5	4	4
Sonstige Nichtgebietskörperschaften	15	15	14	13
Bauherren insgesamt	100	100	100	100
davon koordinierbar ²⁾	64	65	67	67
Anteil der koordinierbaren Hochbautätigkeit im gesamten Hochbauvolumen	9	9	10	10

¹⁾ Einschließlich der Bauten für militärische Zwecke und der Bautätigkeit von Bundesbahn und Bundespost. — ²⁾ Bund (einschl. Bundesbahn und Bundespost), Länder und Hansestädte, sonstige Großstädte und Sozialversicherung.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Grund von Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Bauunternehmer veranlassen, in der Ausweitung ihrer Kapazitäten vorsichtiger zu sein, wodurch das bestehende Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage erhalten bliebe.

Eine Wirtschaftspolitik, die über die Manipulierung der Nachfrage lediglich die Veränderung der relativen Preise zugunsten eines Sektors kurzfristig zum Stillstand bringen will, wird sich eben leider nie ganz dem Dilemma entziehen können, eine nachhaltige Wirkung nur durch eine radikale — also ein Vielfaches der erwähnten Größenordnung betragende — Reduzierung der Nachfrage erzielen zu können und damit eine — zumindest partielle — Rezession einzuleiten, durch sparsam dosierte Maßnahmen dagegen nichts zu erreichen.

Dämpfung der Nachfrage nach Bauleistungen und Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Angebots

Die Möglichkeiten einer Ausweitung des Angebotspielraums in der Bauwirtschaft wurden in der Vergangenheit nicht zuletzt durch die Preisentwicklung

begünstigt. Trotz eines in der letzten Zeit stagnierenden Arbeitsvolumens wurden von Jahr zu Jahr durch eine intensive Investitionstätigkeit erhebliche Produktivitätszunahmen erzielt und damit real mehr produziert als sich ohne die unzweifelhaft günstige Erlössituation in der Bauwirtschaft hätte verwirklichen lassen. So sehr eine solche Entwicklung die Optik der Geldwertstabilität stört, so notwendig ist sie in diesem Falle für eine marktkonforme Anpassung des Angebots an die tendenziell gestiegene und nicht nur kurzfristig überhitzte Nachfrage nach Bauleistungen gewesen. Ein Mehr an Produktionsfaktoren dürfte sich die Bauwirtschaft auch in der Zukunft nur zu steigenden Faktorpreisen beschaffen können. Das gilt sowohl für die Arbeitskräfte (Lohnerhöhungen), für die Unternehmerleistung (höhere Gewinne) als auch für die stetige Verbesserung der Kapitalausstattung.

Die Frage ist nur, ob eine solche Entwicklung gerade in einer Situation erwünscht ist, in der große Anstrengungen gemacht werden müssen, die unmittelbar kapazitätswirksamen Investitionen in allen Bereichen zu forcieren, um die Lücke zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot und der wirksamen Nachfrage zu verringern. Dazu trägt unzweifelhaft die gewerbliche Bautätigkeit bei, nicht jedoch die Masse der sonstigen Bauvorhaben, deren Kapazitätseffekt erst sehr viel später wirksam wird, so daß sie mit relativ wenig Schaden für die gegenwärtige Entwicklung verschoben werden könnten. Da diese nur wenig kapazitätswirksamen Bauten in der Mehrzahl der Fälle relativ arbeitsintensiv sind (öffentliche Hochbauten, Wohnbauten, bestimmte Tiefbauleistungen, nicht dagegen Straßenbauten), hätte ihre Einschränkung zu einer gegenwärtig durchaus erwünschten Umverteilung der Faktoren geführt. Freilich wäre die dazu erforderliche Intervention der öffentlichen Hand im vorigen Jahr nötig gewesen; würde sie heute durchgeführt, so dürften die Wirkungen frühestens im Herbst dieses Jahres eintreten.

Inwiefern längerfristig die — gegenwärtig sehr erwünschte — Umverteilung der Produktionsfaktoren zu Ungunsten der Bauwirtschaft gesamtwirtschaftlich von Vorteil ist, hängt davon ab, ob der Einsatz der heute zurückgehaltenen Mittel in Zeiten einer ruhigeren Entwicklung auch tatsächlich erfolgt und dann zu einer Umkehrung der Faktorströme führt, so daß diese lediglich aufgeschobenen Bauvorhaben auch nachgeholt werden können. Nur so würde die Intervention der öffentlichen Hand zu einer Verstärkung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Zum Energieverbrauch der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik

Im vergangenen Jahr nahm der Verbrauch der westdeutschen verarbeitenden Industrie an primärer und veredelter Energie, auf Steinkohlen-Einheiten (SKE) bezogen, um 11,5 vH zu¹⁾, also um ein Geringes weniger als die Produktion (+ 12,1 vH). Die „Energieproduktivität“ (Netto-Produktionswert je Einheit Energieverbrauch) ist demnach im Gegensatz zu den letzten Jahren vorher nur wenig gestiegen. Das ist eine Erscheinung, die sich auch für die Hochkonjunkturjahre 1955/56 feststellen läßt; in Zeiten überaus angespannter Produktionstätigkeit scheinen die Rationalisierungserfolge auf diesem Sektor vorübergehend weniger durchschlagend zu sein, zum Teil allerdings schon aus strukturellen Gründen: Die Eisen- und Stahlindustrie mit ihrem hohen Energieverbrauch dehnte in allen diesen Jahren ihre Produktion besonders kräftig

Gesamtwirtschaftlich vertretbar kann eine solche Intervention demzufolge nur dann sein, wenn die dazu erforderliche Manöveriermasse der öffentlichen Hand groß genug ist — sie müßte also auch die Mittel für den Wohnungsbau umfassen — und wenn sie im Zeitverlauf in ausreichendem Maße variiert werden kann. Da es ja nicht nur darauf ankommt, jetzt zu dämpfen, sondern auch später nachzuholen, ist als Basis dieser Maßnahmen eine innerhalb der einzelnen Ebenen koordinierte und an der tatsächlichen Entwicklung der Haushaltsvolumina ausgerichtete Investitionsplanung der öffentlichen Hand über längere Zeiträume hinweg erforderlich. Nur dann wird es gelingen, das für eine von den Staatsausgaben ausgehende Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung noch am ehesten geeignete, für Investitionszwecke zur Verfügung stehende Ausgabenvolumen der öffentlichen Hand sinnvoll einzusetzen. Die entscheidenden Voraussetzungen dafür fehlen heute noch, und es ist auch nicht sicher, ob sie in den nächsten Monaten zu schaffen sein werden, so daß der gesamtwirtschaftliche Nutzen gegenwärtiger Dämpfungsmaßnahmen ungewiß ist.

Aus diesen Erwägungen heraus ist auch für den Bausektor der Ausweitung des Angebots gegenüber einer Dämpfung der Nachfrage der Vorzug zu geben. Dazu dient unmittelbar der verstärkte Einsatz ausländischer Arbeitskräfte (sogar einschließlich der Förderung des Baues von Wohnungen für diese Personengruppe), leider aber auch die Zulassung der Finanzierung weiterer Investitionen in der Bauwirtschaft über den Preis.

Die weiteren Aussichten für dieses Jahr

Der sinkende Zinstrend auf dem Kapitalmarkt wird die Bautätigkeit in diesem Jahr nicht mehr beeinflussen, lediglich für 1962 sind — zur Zeit jedoch schwer übersehbare — Auswirkungen zu erwarten.

Sollte es der Bauwirtschaft gelingen, das Arbeitsvolumen in den drei offenen Quartalen des Jahres 1961 etwa auf der Höhe des Vorjahres zu halten — in Gestalt der zu erwartenden Lohnerhöhung ist eine Voraussetzung dafür schon geschaffen, hinzukommen müßte der verstärkte Einsatz ausländischer Arbeitskräfte — so liegt eine Wachstumsrate des realen Bauvolumens von 7 bis 8 vH gegenüber dem Vorjahr im Bereich des Möglichen. Durch eine Ausdehnung des Straßenbaus, der relativ wenig arbeitsintensiv ist und dessen Kapazitäten zum Teil schon unterbeschäftigt sind, ließe sich diese Wachstumsrate noch vergrößern.

aus. Doch hat die Entwicklung der Energieproduktivität auch ohnedies keinen sehr stetigen Verlauf. Die beiden in bezug auf den spezifischen Energieverbrauch gegenläufigen Tendenzen steigender Mechanisierung des Produktionsvorgangs und der Verbrauchsrationalisierung haben in verschiedenen Industriezweigen und zu verschiedenen Zeiten im Endeffekt die Energieproduktivität unterschiedlich beeinflußt. Im Trend und für den Durchschnitt der gesamten Industrie überwiegt allerdings in der Regel die Bemühung um die Verbrauchsrationalisierung.

Nicht nur im Gesamtdurchschnitt, auch in allen einzelnen Bereichen der verarbeitenden Industrie war die Veränderung der Energieproduktivität 1960 verhältnismäßig gering: In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und in den Investitionsgüterindustrien nahm sie um rd. 2 vH zu, in den Verbrauchsgüterindustrien veränderte sie sich kaum, in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien ging sie um 2 vH zurück. Im ganzen nahmen also Energieverbrauch und Produktion etwa gleich stark zu. Bei im Durchschnitt des

¹⁾ Bundesgebiet ohne West-Berlin. Konstante Umrechnungsfaktoren (Zur Berechnungsmethode vgl. Käthe Koch „Die Entwicklung des Energieverbrauchs der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien in der Bundesrepublik in den Jahren 1950 bis 1956“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1957, 3. Heft, S. 291 ff.).

Die Entwicklung des spezifischen Energieverbrauchs¹⁾ in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik 1960 (Veränderung in vH gegenüber 1959)

Industriebereich	Kohle ²⁾	Strom ³⁾	Gas ⁴⁾	Heizöl	Energiegesamt
Grundstoff- und Produktionsgüter	- 4,8	- 2,7	- 7,7	+ 17,0	- 2,4
Investitionsgüter	- 24,0	+ 1,1	- 6,8	+ 24,4	- 2,3
Verbrauchsgüter	- 13,1	+ 3,5	- 4,4	+ 24,1	+ 0,1
Nahrungs- u. Genußmittel	- 7,8	+ 3,6	- 3,7	+ 36,0	+ 2,4
Verarbeitende Ind., gesamt	- 5,3	+ 0,2	- 5,6	+ 21,4	- 0,5

¹⁾ Energieeinsatz je Einheit Netto-Produktionswert (preisbereinigt). Bund ohne Saar (Spezifischer Energieverbrauch = reziproker Wert der „Energieproduktivität“). — ²⁾ Ohne Kohleinsatz zur Eigenstromerzeugung. — ³⁾ Eigenstrom und Fremdstrom. — ⁴⁾ Nur Kokerei- und Ortsgas.
 Quellen: Berechnungen des DIW nach der Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Jahres 1960 gegenüber 1959 um etwa 5 vH größerer Beschäftigtenzahl stieg die „Energieintensität“ (Energieverbrauch je Beschäftigten) recht erheblich um rd. 6 vH — eine Begleiterscheinung der kräftig gestiegenen Kapitalintensität in der Industrie.

In der Zusammensetzung des Energieverbrauchs nach Energiearten setzte sich 1960 der seit längerem im Gange befindliche Umschichtungsprozeß weiter fort. Der Heizölverbrauch, der insgesamt um fast 37 vH — in der Investitionsgüterindustrie sogar um 44 vH — zunahm, machte 1960 über 12 vH des gesamten Ener-

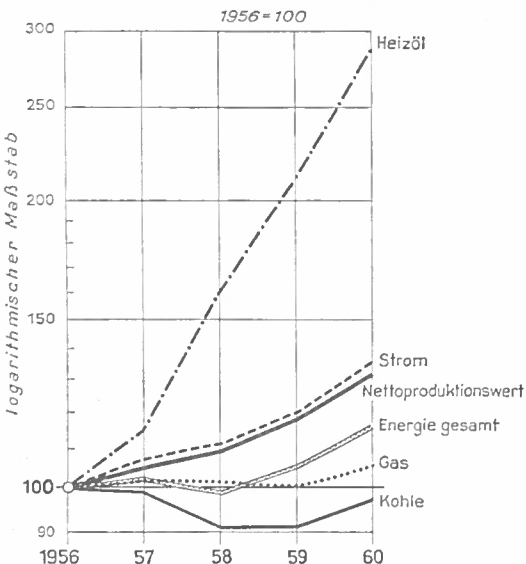
Die ungewöhnlich intensive Produktionstätigkeit der eisenschaffenden Industrie, deren Erzeugung 1960 um 18 vH höher lag als 1959, trug erheblich dazu bei, daß die Bilanz dieser beiden Energiearten wesentlich günstiger als in den letzten Jahren ausfiel. In der Eisen- und Stahlerzeugung mit ihrem hohen Koksbedarf werden etwa 45 vH der insgesamt in der verarbeitenden Industrie verfeuerten und verarbeiteten Kohle verbraucht, am Gasverbrauch beträgt der Anteil sogar etwa 50 vH. So entfielen von der gesamten Zunahme des Kohleverbrauchs in der verarbeitenden Industrie im verflossenen Jahr um rd. 3,5 Mill. t SKE allein 3 Mill. t SKE und von der gesamten Zunahme des Gasverbrauches um 800 Mill. cbm allein 650 Mill. cbm auf die eisenschaffende Industrie. In vielen anderen Industriezweigen ging dagegen trotz beträchtlicher Produktionssteigerungen der Kohleverbrauch weiterhin zurück; in den Investitionsgüterindustrien insgesamt betrug der Rückgang 1 vH, in den Verbrauchsgüterindustrien fast 5 vH und in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien 2 vH. Das bedeutet, daß der spezifische Kohleverbrauch (Verbrauch je Einheit Netto-Produktionswert) in diesen Bereichen ganz erheblich abgenommen hat. Der Gasverbrauch nahm ebenfalls außerhalb der eisenschaffenden Industrie zum Teil ab, zum Teil nur wenig zu.

Energieverbrauch in der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik¹⁾

	in 1000 t SKE ²⁾		Zuwachs in vH	Anteil in vH	
	1959	1960		1959	1960
Kohle	52 181	55 651	6,6	58,5	55,8
davon: für Eigenstromerzeugung	10 598	11 377	7,4	11,9	11,4
Direktkohleverbrauch	41 583	44 274	6,5	46,6	44,4
Strom ³⁾	32 067	35 945	12,1	35,9	36,1
Gas ⁴⁾	6 711	7 164	6,8	7,5	7,2
Heizöl	8 940	12 208	36,6	10,0	12,3
Gesamter Energieverbrauch ⁵⁾	89 301	99 591	11,5	100,0	100,0
davon: I. Vj.	42 531	25 140	14,5	47,6	25,2
II. Vj.	23 543	23 543			23,6
III. Vj.	21 883	24 170			24,5
IV. Vj.	24 887	26 738			26,9

¹⁾ Ohne West-Berlin. — ²⁾ Konstante Umrechnungsfaktoren. — ³⁾ Eigenzeugung und Fremdbezug. — ⁴⁾ Kokerei- und Ortsgas. — ⁵⁾ Ohne Erdgas und sonstige Energieträger, deren Anteil am gesamten Energieverbrauch weniger als 1 vH beträgt.
 Quellen: Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, und Berechnungen des DIW.

ENERGIEVERBRAUCH UND NETTOPRODUKTION DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE IN DER BUNDESREPUBLIK¹⁾ 1956-1960



gieverbrauchs aus (1959: 10 vH). Der Anteil des Stromverbrauches, welcher sich 1960, was übrigens auch der langfristigen Tendenz entspricht²⁾, im gleichen Maß wie die Produktion erhöhte, nahm ein wenig zu. Kohle- und Gasverbrauch wurden dagegen mit jeweils knapp 7 vH weniger gesteigert als der gesamte Energieverbrauch.

²⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 38/1960.

Die überragende Bedeutung, die die Grundstoffindustrien für den industriellen Verbrauch aller Energiearten haben — zweitgrößter industrieller Energieverbraucher ist nach der eisenschaffenden die chemische Industrie —, läßt hinsichtlich des industriellen Verbrauchs an denjenigen Energiearten, die von der Umstrukturierung seit Jahren negativ betroffen sind, für 1961 kaum die Prognose einer spürbaren weiteren Steigerung zu. Das DIW schätzt die Produktionszunahme der Grundstoffindustrien für 1961 auf 7 bis 8 vH (nach 14,5 vH im Vorjahr), wobei die eisenschaffende Industrie unter, die chemische Industrie über dem Durchschnitt liegen wird. Etwas stärker als um diese 8 vH dürfte der Stromverbrauch in der gesamten verarbeitenden Industrie steigen, wesentlich stärker der Heizölverbrauch. Für den direkten Kohleinsatz dagegen wird voraussichtlich ebenso wie für die Verwendung von Kokerei- und Ortsgas diese Produktionsausdehnung im Hauptabnehmerbereich keine mehr als ausreichende Kompensation für die dort und anderswo eintretenden Rückgänge durch Substitution und Rationalisierung bedeuten.

Gegenstand *)	Einheit †)	1960												1961		
		Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Anzahl der Werkzeuge:		25	27	24	25	23,2	26	26,9	26	26	24,3	26	25,7	24	25	
Kredite an Nichtbanken																
Zentralbankensystem	Mill. DM	E	1819	1627	1469	1531	1579	1539	1545	1558	1554	1593	1804	1700	1729	
Kreditbanken	"	"	39110,9	39428,3	39467,2	39708,7	40355,3	40655,2	40794,1	41923,2	41702,5	41825,1	43076,8	43106,0	44062,8	
an Wirtschaft u. Private	"	"	31226,3	31638,0	31699,6	31860,5	32653,5	32811,0	32362,2	34048,5	34019,1	34333,2	35683,7	35547,4	36237,4	
kurzfristige Kredite	vH	"	68,1	68,1	67,6	67,5	68,0	67,9	67,6	68,3	68,2	68,3	69,4	68,8	69,2	
dar. Wechselkredite	"	"	32,0	31,7	31,0	30,8	29,8	30,0	29,6	29,2	28,9	29,0	31,4	30,3	29,9	
mittelfristige Kredite	"	"	12,0	12,1	12,4	12,4	12,3	12,4	12,4	12,2	12,1	12,1	11,8	12,1	12,1	
langfristige Kredite	"	"	19,9	19,8	20,0	20,1	19,7	19,8	20,0	19,5	19,7	19,6	18,8	19,1	18,7	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	1424,8	1469,9	1494,4	1514,7	1439,5	1432,9	1441,2	1447,9	1461,1	1457,2	1516,7	1536,1	1565,2	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	6459,8	6320,4	6273,2	6333,5	6262,3	6109,3	6390,7	6426,8	6222,3	6034,7	5876,4	6022,5	6390,2	
Übrige Kreditinstitute 1)	"	"	102301,1	103309,0	104604,8	105750,2	106787,5	107788,8	108500,2	109901,5	110969,0	112473,7	113586,7	114871,3	116425,3	
an Wirtschaft u. Private	"	"	72417,6	73228,0	74222,7	75240,9	76144,9	76758,8	77379,9	78641,1	78547,5	80621,8	81438,7	82093,1	83206,7	
kurzfristige Kredite	vH	"	20,4	20,7	20,7	20,6	20,8	20,5	20,0	20,3	20,3	20,1	20,0	19,9	19,9	
dar. Wechselkredite	"	"	7,6	7,8	7,9	8,0	7,8	7,8	7,6	7,7	7,7	7,5	7,5	7,4	7,3	
mittelfristige Kredite	"	"	8,3	8,2	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3	8,4	8,5	8,4	8,5	8,4	8,3	
langfristige Kredite	"	"	71,3	71,1	70,9	71,1	70,9	71,2	71,7	71,3	71,2	71,5	71,5	71,7	71,8	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	17268,5	17452,1	17747,1	17332,8	18115,5	18488,4	18579,2	18840,4	18861,1	19112,5	19319,9	19870,9	20063,8	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	12615,0	12628,9	12635,0	12576,5	12527,1	12541,6	12541,1	12620,0	12688,3	12739,4	12828,1	12907,3	13154,8	
Bargeldumlauf und Bank- einlagen																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	19220	19465	19797	19695	19971	20500	20256	20946	20549	21050	20772	20576	20721	
Sicht- u. Termineinlagen, ges.	"	"	49832	49614	49434	50967	51128	50583	51212	51808	52325	52892	54257	53344	54327	
von Wirtschaft und Privaten	"	"	35306	35867	36612	37325	38495	36916	37229	36536	37711	37700	38916	37306	37868	
Sichteinlagen	vH	"	67,8	68,1	67,8	68,4	69,2	68,7	68,8	68,8	68,7	69,3	70,5	68,4	67,7	
Termineinlagen	"	"	32,2	31,9	32,2	31,6	30,8	31,3	31,2	31,2	31,3	30,7	29,5	31,6	32,3	
von deutschen öffentlichen Stellen	Mill. DM	"	13926	13747	12822	13642	14643	13667	13993	15272	15524	15192	15341	16038	16459	
Sichteinlagen bei Kreditinst. außerh. d. Zentralbankensystems	vH	"	23,0	23,3	23,6	23,1	22,2	21,3	22,6	20,4	19,7	22,1	24,9	19,7	21,0	
Sichteinlagen beim ZBS	"	"	17,1	19,0	15,0	17,4	23,3	20,4	18,6	27,1	28,6	22,9	21,6	28,5	26,3	
Termineinlagen	"	"	59,9	57,7	61,4	59,5	54,5	58,3	58,8	52,5	51,7	53,0	53,5	51,8	52,7	
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	550	569	380	341	375	352	300	272	198	144	120	204	172	
Spareinlagen	"	"	46516	47058	47562	48062	48419	48875	49447	49879	50583	50939	52863	53963	54816	
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	23782,3	24554,6	25497,9	26228,2	27766,8	28632,4	29375,5	30388,7	31343,6	31657,8	32005,6	31429,0	31464,6	
Gold	"	"	10997,0	11069,8	11197,3	11365,3	11488,3	11645,3	11881,6	11982,1	12091,1	12209,1	12285,9	12400,2	12528,9	
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	12654,7	13324,3	14163,5	14706,9	16104,7	16846,2	17360,6	18250,1	19091,8	19283,3	19562,5	18864,9	18813,5	
Sorgen, Wechsel, Schecks	"	"	130,6	160,5	137,1	156,0	173,8	140,9	133,3	156,5	160,7	163,4	157,2	163,9	122,2	
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien 2)	Mill. DM	S	466,8	556,0	542,9	359,8	333,2	634,5	561,8	699,2	520,1	397,0	567,4	1665,5	873,3	
Pfandbriefe	vH	"	43,7	34,5	34,6	43,4	32,6	49,4	46,3	20,7	43,3	28,0	37,2	20,8	23,1	
Kommunalobligationen	"	"	23,1	9,9	16,8	15,5	14,2	22,4	30,1	13,5	24,9	11,1	15,4	11,9	31,6	
Öffentliche Anleihen	"	"	11,4	0,7	5,2	0,9	0,5	0,6	3,0	46,0	19,4	49,1	15,8	49,3		
Industrieobligationen	"	"	—	0,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,4		
Aktien	"	"	21,8	54,2	43,4	40,2	52,7	27,6	20,6	19,8	12,4	11,8	31,6	15,6	7,8	
Kursdurchschnitt 3)																
Aktien 4)	31.12.53=100	D	527,2	518,4	536,2	574,5	662,8	714,8	782,9	781,1	749,4	718,4	703,6	694,9	686,6	
4%ige Wertpapiere	vH	"	103,20	103,17	103,52	103,47	103,00	102,75	102,78	102,57	102,44	102,21	100,58	99,66		
5%ige Pfandbriefe	"	"	111,18	111,29	111,99	111,96	111,35	111,12	111,09	110,92	110,60	109,99	108,60	109,55		
5%ige Kommunalobligationen	"	"	111,09	111,08	111,41	111,42	111,13	111,02	110,94	110,85	110,58	110,05	108,81	109,37		
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	112,62	112,74	113,29	113,32	112,89	112,59	112,47	112,34	112,13	111,65	110,41	111,44		
8%ige Industrieobligationen 5)	"	"	103,07	103,37	104,18	104,81	103,88	103,39	103,69	103,72	103,52	103,39	103,01	103,11		
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 6)	Mill. DM	S	3545,3	5507,2	3603,8	4216,4	6173,5	3995,5	4545,6	6526,1	4288,4	4609,8	7618,6	4940,4	4416,8	
Besitz- und Verkehrssteuern 7)	"	"	1299,8	3429,2	2286,5	1506,1	3880,8	1572,2	1874,1	4110,3	1645,3	1732,9	4998,7	2099,4	1789,6	
Lohnsteuer	"	"	507,4	394,8	526,7	584,9	603,3	702,8	741,7	755,3	835,1	760,8	866,1	1018,7	709,5	
Veranl. Einkommenst.	"	"	196,3	1451,0	244,9	251,0	1589,6	294,9	276,1	1726,2	318,8	282,6	1991,3	356,3	317,8	
Körperschaftsteuer	"	"	70,9	1217,2	133,0	121,3	1232,8	156,9	142,6	1271,5	115,8	148,3	1734,3	273,3	158,1	
Umsatzsteuer	"	"	1084,2	1196,7	1329,8	1309,1	1308,6	1329,5	1332,8	1357,0	1450,4	1447,3	1438,2	1767,1	1299,2	
Zölle und Verbrauchst.	"	"	778,7	868,8	904,4	1015,5	936,0	1031,4	1027,4	1018,2	1098,6	1038,5	1115,9	989,6	960,2	
Lastenausgleichsabgaben 8)	"	"	382,6	72,5	83,1	385,7	48,1	62,4	311,3	40,6	94,1	391,1	65,8	84,3	367,8	
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	3267	3628	3432	3586	3617	3642	3366	3378	3768	3680	4201	3483	3195	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	3663	4369	3742	3979	3788	4077	3569	3887	4187	4249	5042	3900	4047	
Saldo 9)	"	"	+ 396	+ 741	+ 310	+ 392	+ 169	+ 435	+ 203	+ 509	+ 419	+ 569	+ 841	+ 417	+ 852	
Einfuhrvolumen 10)	"	"	3527	3960	3734	3834	3858	3898	3650	3663	4100	4030	4599	3808	3509	
Ausfuhrvolumen 10)	"	"	3592	4235	3656	3812	3631	3930	3432	3777	4055	4060	4799	3700	3870	
Terms of Trade 11)	1954=100	D	109,7	112,0	110,9	110,6	110,6	111,8	113,0	112,0	112,0	115,4	115,4	115,4	115,4	
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft.	Mill. DM	S	936	992	931	953	868	919	806	867	957	987	1076	814	806	
Rohstoffe	"	"	769	795	713	771	744	767	767	739	753	761	943	837	713	
Halbwaren	"	"	578	695	630	669	679	753	686	662	761	676	685	733	562	
Fertigwaren	"	"	959	1119	1132	1164	1292	1166	1075	1079	1253	1202	1459	1074	1087	
davon: Vorerzeugnisse	"	"	440	483	434	485	464	500	484	489	522	516	562	464	477	
Enderzeugnisse	"	"	518	636	698	679	828	666	595	590	731	686	898	610	609	
Ausfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft.	"	"	81	100												

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1960												1961		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Anzahl der Werktage:			24,7	25	27	24	25	23,2	26	26,9	26	26	24,3	26	25,7	24	26
Industr. Auftragseingang (kalendermonatlich) 1) 2)	BRD	1954 = 100	D	177	183	209	194	209	191	203	200	212	214	218	201	o) 202	197
Grundstoffindustrie	"	"	"	164	172	197	185	190	186	200	187	192	186	186	180	o) 178	177
Investitionsgüterindustrie	"	"	"	226	235	260	240	252	233	258	272	273	269	278	265	o) 273	267
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	128	126	154	144	177	143	132	120	157	179	181	142	133	131
Ind. Bruttoproduktionswert 3)	BRD*)	Mill. DM	S	18677	19257	22069	20301	21415	20531	20977	21685	23365	22932	23411	23508	21872	22115
Produktionsindex 4)	BRD	1936 = 100															
Industrie insgesamt	"	"	"	250	256	269	274	282	285	259	259	286	290	309	289		
Bergbau	"	"	"	157	152	152	152	154	153	145	144	146	149	163	154		
Energieversorgungsbetr.	"	"	"	463	462	440	423	419	404	405	405	437	452	483	501		
Bauhauptgewerbe	"	"	"	156	165	232	275	283	305	272	268	272	260	278	213		
Grundstoffe u. Prod.-Güter	"	"	"	240	250	267	270	280	283	270	269	279	277	288	263		
Investitionsgüter	"	"	"	343	357	372	376	392	402	344	337	405	394	426	412		
Verbrauchsgüter	"	"	"	222	227	241	242	246	230	211	217	255	257	276	249		
Nahrungs- u. Genussmittel	"	"	"	200	198	208	218	227	248	218	225	228	264	274	259		
Industrieprodukt. W-Berl. 5)	W-B			185	146	153	155	155	150	138	146	170	o) 167	o) 178	o) 159	o) 156	171
Produktion	BRD*)	1000 t	S														
Eisenerz	"	"	"	1564	1542	1627	1534	1585	1520	1586	1582	1564	1590	1586	1589	1582	1526
Roheisen	"	"	"	2094	2059	2232	2065	2202	2058	2244	2252	2157	2192	2119	2064	2207	o) 2053
Rohstahl 6)	"	"	"	2771	2776	2982	2659	2866	2631	2955	3006	2922	3003	2858	2672	o) 2970	o) 2789
Walzwerkserzeugnisse	"	"	"	1803	1859	2057	1762	1884	1730	1922	1975	1944	1906	1860	1830	1963	o) 1817
Personenkraftwagen	BRD*)	Anzahl	S	128112	135294	156158	135976	151302	139323	98393	124962	157908	149260	149194	148416	158062	143500
Lastkraftwagen	"	"	"	18201	18454	20636	17653	19645	19129	14660	18521	19423	20376	21523	22006	22427	19379
Kupfer (Elektrolyt)	BRD*)	t	S	18717	17581	20142	18960	20655	18902	20220	20112	19167	20857	18899	19695	o) 19031	17590
Blei (Hüttenblei insgesamt)	"	"	"	17621	16245	17911	17420	18415	14853	15455	17050	17017	17840	17204	19762	o) 18007	16496
Zink (roh)	"	"	"	15793	14970	16024	15316	15556	14501	15324	15131	14408	15004	14721	15631	16123	14785
Steinkohle 7)	BRD*)	1000 t	S	12284	11721	12779	11417	11948	11259	11508	11720	11564	11609	12333	o) 12129	12430	11404
Koks 8)	"	"	"	3804	3571	3741	3604	3788	3591	3750	3770	3665	3788	3675	3797	o) 3879	3466
Steinkohlenbriketts	"	"	"	448	296	222	411	450	389	448	480	512	507	535	519	469	289
Braunkohle	"	"	"	8434	8004	8236	7420	7775	6982	7729	7778	8016	8340	8369	8809	9158	7879
Braunkohlenbriketts	"	"	"	1272	1224	1323	1132	1238	1099	1305	1346	1323	1370	1296	1317	1382	1262
Stromerzeugung 9)	BRD*)	Mill. kWh	S	10079	9636	9971	8902	9061	8387	8966	9083	9462	10158	10270	10916	11201	10700
Gaserzeugung 10)	"	Mill. cbm	"	2036	1923	2002	1915	1997	1893	1968	1979	1936	2014	1968	2057	2105	1866
Erdölförderung	"	1000 t	"	446,4	420,8	458,9	456,8	475,8	453,2	472,5	467,7	453,4	472,8	o) 469,8	o) 481,8	o) 492,9	452,0
Zeitungsdruckpapier	BRD*)	1000 t	S	17,9	19,8	20,8	17,6	19,8	17,8	19,2	20,1	20,3	20,0	19,5	18,1	19,5	18,0
Papier und Pappe (ohne Zeitungsdruckpapier)	"	"	"	253,2	253,1	277,0	236,7	269,1	240,0	270,1	280,9	274,2	281,3	270,5	258,9	o) 280,8	263,6
Hütten- u. Walzwerksein- richtungen	BRD*)	t	S	11548	7583	11089	6762	7888	7782	7458	10146	12358	11003	15198	17471	o) 7937	8037
Masch. u. Präzisionswerkz.	"	"	"	2462	2960	3253	2911	3707	3205	3309	2899	3511	3156	3659	4315	o) 3217	3490
Lufttechn. Anl. u. Ventilator.	"	"	"	6280	6431	7035	6420	7506	7185	7056	7522	8313	8016	9056	8921	o) 6954	7027
Masch. für d. Bauwirtschaft	"	"	"	13746	17714	22905	21395	23014	21219	21686	21579	21719	21226	19509	20693	o) 16617	18245
Baumofmaschinen	"	"	"	6195	7790	9169	8406	8628	8569	6899	8884	8378	8645	8872	14134	o) 8817	8477
Büromaschinen	"	"	"	1466	1629	1830	1728	1717	1558	1506	1672	1993	1810	1878	1908	o) 3080	3780
Textilmaschinen	"	"	"	6415	6931	7855	6692	7380	7051	7547	7156	7791	7972	8434	8513	o) 7625	7828
Akkumulatoren u. -batterien	BRD*)	t	S	7329	7043	8001	6996	7418	7000	6579	7365	7791	8285	8597	8101	o) 8812	8092
Isolierte Drähte u. Leitungen	"	"	"	12727	13508	14874	13372	14479	13523	13746	14494	16432	15550	16409	16545	o) 16146	15091
Kabel	"	"	"	13916	15328	16668	15404	17440	16391	17326	18607	18604	18309	18838	o) 20072	18047	
Elektr. Glühlampen	"	1000 Stck.	"	6505	6919	7536	6734	7075	6298	6716	4736	7952	7271	8049	7597	o) 7922	7466
Rundfunkempfangsgeräte	"	"	"	297	318	360	303	324	292	266	293	325	319	337	314	o) 331	313
Fernsehempfangsgeräte	"	"	"	161	151	157	135	173	180	156	164	229	229	230	198	185	o) 165
Geräte u. Einrichtung der Drahtfernmeldetechnik	"	"	"	1213	1235	1257	1377	1280	1065	1276	1133	1469	1223	1243	1353	o) 1360	1557
Mikroskope u. Mikrogeräte	BRD*)	Stck.	S	3925	4292	3815	4108	4641	4313	3884	4287	4273	4181	5036	4982	o) 4131	4548
Armbanduhren	"	1000 Stck.	"	530	559	681	576	569	566	588	543	713	747	753	632	o) 543	561
Schwefelsäure 11) (SO ₂ -Inh.)	BRD*)	1000 t	S	218,0	205,0	227,0	213,0	214,0	210,0	207,0	220,0	211,0	222,0	214,0	222,0	226,0	o) 202,0
Soda (Na ₂ CO ₃)	"	"	"	96,3	87,2	93,4	90,7	93,3	91,4	89,3	94,6	92,8	96,8	95,1	96,1	98,4	82,9
Chlor	"	"	"	52,4	49,7	53,2	52,4	54,7	53,7	56,0	57,4	55,5	57,8	56,5	58,5	o) 58,5	56,4
Stickstoffdüngem. (N-Inh.)	"	"	"	93,4	88,9	85,4	87,5	92,8	88,8	93,7	100,0	94,5	99,4	o) 99,4	102,7	100,4	o) 92,1
Phosphor (P ₂ O ₅)	"	"	"	69,7	64,3	67,9	65,4	71,1	66,9	74,2	75,4	71,3	72,1	64,8	55,0	42,8	o) 39,9
Kammgarne, Streichgarne 12)	BRD*)	t	S	9485	9824	10934	9526	10150	8416	9321	9699	10114	10078	10148	9831	o) 9103	9974
Baumwollgarne	"	"	"	24340	35453	40184	33890	36531	30422	32728	29368	38964	36729	36683	36477	37266	o) 34911
Arbeits- und Straßenschuhe	BRD*)	1000 Paar	S	8112	8697	9934	8370	8880	4965	6220	8371	8954	8583	8667	8126	o) 8918	8448
Haushaltsporzellan	"	t	"	6576	6644	7177	6477	6802	6126	6537	6697	6720	6985	6990	7199	o) 7320	6989
Schlachtungen 13)	BRD*)	1000 Stck.	S														
Rinder insgesamt	"	"	"	260,0	245,7	263,1	238,1	267,2	239,2	246,7	283,2	280,6	310,2	312,0	269,2	292,7	258,9
Schweine insgesamt	"	"	"	1823,5	1859,8	1806,2	1585,8	1655,9	1389,8	1360,1	1569,6	1386,5	1648,0	1919,1	2175,7	o) 2124,6	1845,0
Zigarren	"	Mill. Stck.	"	357	375	424	328	369	333	338	341	388	377	343	352	o) 381	365
Zigaretten	"	"	"	3857	3914	4463	4028	4521	4740	4431	4694	4484	4385	4263	4406	o) 4419	4013
Bier 14)	"	1000 hl	"	2879	3331	3888	4019	4468	4878	4215	4693	4023	3636	3625	4002	o) 3302	3584
Geleistete Arbeitsstunden in der Bauwirtschaft 15)	BRD*)	1000 Arb.-St.	S	130493	138697												

Gegenstand	Einheit †)	Vorjahr					Gegenwart									
		3.-9. April 1960	10.-16. April 1960	17.-23. April 1960	24.-30. April 1960	1.-7. Mai 1960	5.-11. März 1961	12.-18. März 1961	19.-25. März 1961	26. März bis 1. April 1961	2.-8. April 1961	9.-15. April 1961	16.-22. April 1961	23.-29. April 1961	30. April bis 6. Mai 1961	
		15.	16.	17.	18.	19.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1957=100		162,5	162,5	93,4	162,1	161,7	101,9	102,0	102,5	102,7	103,3	103,8	104,1	.	
Industrieproduktion in USA	1947/49 = 100		180,5	174,8	173,4	177,4	176,9	158,0	158,3	158,0	158,5	159,2	160,9	161,9	162,6	
Steinkohlenföderung in der BRD ¹⁾	1000 t	WS	2695	2019	2380	2462	2413	2865	2862	2987	2291	2730	2862	2912	2834	
" " GroÖbritannien	"	"	"	4055	4127	4051	"	"	"	3807	3822	4072	4031	4057	"	
Kohlenföderung in USA	"	"	7543	7965	7766	7534	7511	5606	5543	5851	6001	5956	5960	6350	6713	
Roßtahlherzeugung in der BRD ¹⁾	"	"	466	393	410	439	473	498	484	503	391	420	491	494	494	
" " USA	"	"	2220	2066	2091	2051	1934	1433	1427	1428	1461	1481	1539	1586	1618	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	160	168	173	161	169	114	93	109	103	117	138	150	140	
Stromverbrauch in West-Berlin ²⁾	Mill. kWh	"	46,0	41,2	39,8	44,9	43,0	50,2	49,5	51,4	47,8	44,6	46,8	46,4	42,4	42,6
Güterverkehr																
Wagenstellung b. d. Dt. Bundesbahn ³⁾	1000 Wagen	WS	393,3	317,0	331,1	393,2	390,3	387,6	387,6	390,5	314,2	326,4	394,6	398,6	398,5	.
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in BRD u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	19500	19349	17973	20760	19652	20731	20430	19507	22656	21119	20748	.	19532	22609
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	2167	2187	2193	2188	2184	2231	2253	2240	2270	2287	2287	2271	2265	2275
" " Bank von Frankreich	Mrd. NF	Do	35,0	34,4	33,8	34,4	34,7	38,4	37,7	37,4	38,9	39,3	38,9	38,3	39,4	.
" " Niederländ. Bank	Mill. hf.	Mo	4431	4375	4359	4385	4578	4725	4654	4624	4758	4881	4731	4693	4746	4950
" " Belgisch/Nationalalb.	" bfrs.	Do	117134	116686	115976	114863	117535	122597	121141	120177	119670	122674	122363	120930	120315	123607
" " Schweizer	" sfrs.	BSt	5877	5856	5832	5990	5881	6372	6292	6412	6631	6484	6344	.	6617	.
" " Schwedischen	" skr.	Mi	5492	5641	5600	5859	5606	5957	5881	5855	6223	5858	5903	.	5967	6304
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	"	31653	31827	31828	31581	31603	31794	31901	31887	31775	31898	32007	31980	31807	.
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Deutsche Bundesbank⁴⁾</i>																
Gold	Mill. DM	BSt	11103	11150	11174	11197	11233	11961	12601	12781	12781	12830	12843	.	12935	13022
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	13701	13902	14053	14301	14456	18506	18692	18678	18998	19540	19605	.	19708	16880
Inlandswechsel	"	"	2191	1858	1259	1055	1325	2376	1869	1388	1294	1255	1027	.	673	604
Kassenkredite ⁴⁾	"	"	411	208	9	10	407	5	3	4	10	8	.	7	10	
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung	"	"	5369	5420	5150	5062	5137	2708	2628	2515	2625	2636	2708	.	2602	2816
Einlagen insgesamt	"	"	14047	13952	14595	12016	13968	17949	18488	18950	16586	18284	18447	.	19697	16563
darunter: von Kreditinstituten ⁵⁾	"	"	11086	11010	10907	9489	11275	13508	11790	10884	10177	11981	11854	.	11711	10024
von öffentlichen Einlegern	"	"	2750	2732	3459	2303	2484	4225	6494	7634	6179	6070	6377	.	7734	6316
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik⁶⁾</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	.	23781	.	23855	.	.	27783	.	28280
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	.	20931	.	20932	.	.	24418	.	24828
Einlagen von Nichtbanken	"	"	.	2849	.	2923	.	.	3365	.	3452
darunter Spareinlagen	"	"	.	55737	.	55606	.	.	60322	.	60245
Bank von England	"	"	.	24398	.	23573	.	.	28590	.	28597
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	2197,2	2247,3	2247,3	2247,2	2247,3	2248,2	2248,3	2298,3	2298,3	2298,3	2323,3	2323,2	2323,2	2323,3
Forderungen der Bankabteilung	"	"	306,8	278,5	281,4	287,5	269,7	480,5	501,2	429,0	481,3	479,6	468,4	436,1	428,7	449,1
Einlagen	"	"	323,2	324,5	322,1	333,2	319,5	482,6	500,8	472,0	494,3	476,6	489,9	473,9	471,6	482,2
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	51462	52147	52657	52168	52293	48977	49869	49462	48611	49323	49271	49451	48780	49312
darunter: Goldzertifikate	"	"	18159	18148	18138	18113	18113	16029	16054	16054	16044	16057	16056	16055	16059	16054
Regierungspapiere	"	"	25321	25454	25470	25490	25888	26920	27014	26759	26688	27127	28009	26436	26228	26781
Einlagen insgesamt	"	"	18595	18534	18769	18918	19168	17387	17626	17454	17114	17617	17345	17283	16941	17420
darunter: Regierungseinlagen	"	"	417	273	519	596	478	446	461	517	489	222	402	356	501	452
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	3 3/8-4 1/2	3 4/8	4 4/2	3 4/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/4-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6	5 1/8-6
<i>Effektenmarkt</i>																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
4 1/2%ige RM-Wertpapiere, auf DM ⁷⁾	vH	BSt	103,45	103,54	103,55	103,52	103,56	100,52	100,69	100,73	100,74	100,80	100,92	.	101,09	101,19
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe ⁸⁾	"	"	111,38	111,95	112,06	112,10	112,08	112,16	112,84	113,15	113,18	113,43	113,45	.	113,73	113,74
5 1/2%ige DM-Komm.-Obligationen ⁹⁾	"	"	111,94	111,41	111,44	111,44	111,42	111,70	112,46	112,74	112,75	112,88	112,88	.	113,31	113,36
6 1/2%ige DM-Pfandbriefe ⁸⁾	"	"	95,50	95,53	95,48	95,50	95,48	99,13	99,79	100,04	100,14	100,66	100,98	.	101,30	101,26
8 1/2%ige DM-Industrieobligationen	"	"	103,97	104,09	104,29	104,36	104,68	103,08	102,92	103,16	103,16	103,13	103,29	.	103,69	103,60
Aktienindex, BRD ⁹⁾	31. Dez. 54 = 100	Fr	409,4	410,6	411,6	412,0	437,2	463,4	461,2	453,3	464,6	473,7	475,2	476,6	485,0	507,1
Aktienindex, Großbritannien ¹⁰⁾	1. 7. 1935 = 100	"	323,1	315,2	307,0	310,6	297,0	337,5	339,0	340,6	342,2	351,4	348,8	356,7	362,8	359,1
Aktienindex, USA ¹¹⁾	\$ je Stück	"	628,1	630,1	616,3	601,7	607,6	663,6	676,5	672,5	676,6	683,9	693,7	685,8	678,7	690,7
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	104,02	104,08	104,05	104,05	103,98	108,50	108,50	108,50	108,75	108,80	108,93	.	109,05	109,05
" Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	23,89	23,89	23,89	23,89	23,89	25,20	25,19	25,19	25,20	25,19	25,19	25,19	25,19	25,19
" " Paris	NF je 100 DM	"	117,69	117,67	117,69	117,65	117,61	123,43	123,43	123,43	123,43	123,43	123,42	123,43	123,43	123,42
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	"	4,20	4,32	4,37	4,44	4,59	4,44	4,44	4,44	4,44	4,47	4,47	4,47	4,47	4,44
Weltroßstoffpreise																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	381,4	380,7	378,3	379,2	379,8	369,1	371,8	370,0	366,7	367,9	366,1	367,5	365,7	367,9
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	429,5	429,4	430,0	429,7	430,6	413,0	416,6	414,5	414,7	416,6	419,3	424,1	424,7	425,9
DIW-Index ¹²⁾	1938 = 100	Mi	287,1	286,9	286,5	286,7	287,8	282,1	283,0	283,1	283,7	282,8	283,3	287,0	286,6	.
dar. Nahrungs- und Genußmittel	"	"	274,7	271,9	270,6	270,8	270,3	254,2	254,3	253,4	258,4	257,4	257,5	261,1	261,2	.
Textilroßstoffe	"	"	334,7	334,6	335,6	333,7	337,3	350,6	352,1	352,9	348,9	349,5	349,3	356,1	354,5	.
Metalle	"	"	267,7	270,8	271,3	276,0	270,6	256,1	256,7	259,3	259,5	260,2	263,2	262,5	262,2	.
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	262,25	238,75	259,25	260,38	257,75	251,50	254,13	251,88	248,25	248,38	250,25	251,13	250,75	247,88
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	86,75	86,75	86,75	87,00	87,00	88,00	87,63	87,63	87,50	87,25	87,25	86,75	86,75	86,75
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	79,00	79,00	79,00	78,00	78,00	74,00	74,00	74,00	74,00	74,00	75,00	75,00	76,00	76,00
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	34,10	34,10	34,10	34,10	34,15	33,20	33,25	33,40	33,50	33,50	33			